



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

174. Ratssitzung vom 7. Januar 2026

5652. 2025/620

**Postulat von Nadina Diday (SP) und Yves Henz (Grüne) vom 17.12.2025:
Städtische Gesundheitsdienste, Erweiterung des Angebots um die kostenlose
Erstbehandlung für Syphilis, Chlamydien, Gonokokken und die kostenlose
Humane Papillomaviren-Impfung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Nadina Diday (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5623/2025): Mit der vorher behandelten Weisung geht der Stadtrat einen richtigen und wichtigen Schritt in Richtung Prävention sexuell übertragbarer Infektionen. Insbesondere auch, weil die Infektionsraten von Chlamydien, Syphilis und Gonokokken steigend sind. Umso wichtiger ist es, dass Prävention nicht bei der Diagnose stehenbleibt. Der Stadtrat hat in seiner Weisung selbst festgehalten: «Das Testen und Behandeln der Betroffenen führt nicht nur zu der Vermeidung individueller Spätfolgen, sondern auch zu einem allgemeinen Rückgang der Infektionen.» Genau an diesem Punkt von Behandeln setzt das Begleitpostulat an und denkt die Logik des Stadtrats konsequent zu Ende. Testen allein reicht nicht. Prävention wirkt nur dann, wenn unmittelbar nach der Diagnose die Behandlung erfolgt oder wenn die Prävention mit einer Impfung ansetzt, bevor die Krankheit einsetzt. Das ist nicht nur eine epidemiologische Frage, sondern eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Wir wissen, dass in Zürich viele Leute sehr hart arbeiten. Sie verdienen aber so wenig, dass sie sich entschieden haben, die höchste Krankenkassenfranchise zu wählen und sie haben entsprechend einen hohen Selbstbehalt von 2500 Franken. Was passiert mit den Kosten für Tests und Behandlung? Sie bleiben im «bewährten Versicherungssystem», wie es Deborah Wettstein (FDP) vorher nannte, auf diesen Kosten sitzen. Das bedeutet wiederum, dass Behandlungen, Impfungen und Testungen aus finanziellen Überlegungen nicht gemacht werden. Das führt zu mehr persönlichem Leid und zu einem erhöhten kollektiven Risiko innerhalb der Gesellschaft. Mit diesem Begleitpostulat wollen wir einerseits das Angebots der Gratistestung bis 30 Jahre auf eine kostenlose Erstbehandlung von Syphilis, Chlamydien und Gonokokken ausweiten. Andererseits fordern wir die kostenlose Humane Papillomaviren-Impfung (HPV-Impfung). Die kostenlose Erstbehandlung ist ein effektiver Weg, um die Weiterverbreitung der steigenden Infektionen unmittelbar zu stoppen. Die Erstbehandlung besteht laut Aussagen des Gesundheits- und Umweltdepartements (GUD) meistens aus ein bis zwei Medikamentenabgaben und ist mit relativ*



geringen Kosten verbunden. In der Kommission wurde uns vorgerechnet, dass die Erstbehandlungen der positiv Getesteten bis 30 Jahre die Stadt 80 000 bis 100 000 Franken pro Jahr kosten würde. Dem stehen hohe gesellschaftliche Folgekosten durch Unfruchtbarkeit, chronische Beschwerden und schwere Krankheitsverläufe gegenüber. Dasselbe gilt für die HPV-Impfung. HPV ist für fast alle Fälle von Gebärmutterhalskrebs verantwortlich und löst weitere Krebserkrankungen bei allen Geschlechtern aus. Die Impfung ist hochwirksam. Im Kanton Zürich können sich im Moment Personen bis zum vollendeten 26. Lebensjahr gratis impfen lassen. Ab dem 27. Lebensjahr müssen sie es selbst zahlen – vor allem, wenn sie eine hohe Franchise haben. Wir sprechen von einem Betrag von ungefähr 1000 Franken für eine solche Impfung. Das führt zu einer klaren sozialen Selektion. Ab 27 Jahren können sich nur jene vor Krebs schützen, die es sich leisten können. Das ist weder gesundheitspolitisch sinnvoll noch ist es im Einklang mit unserem Grundwert der Solidarität. Das Begleitpostulat ist eine gezielte, pragmatische Ergänzung des Angebots des Stadtrats.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Erstens bin ich froh, ist die Gesamtweisung durch. Sie ist ein wichtiger Schritt nach vorne. Bei diesem Begleitpostulat stellt sich eine Grundsatzfrage. In unserem System haben wir Krankenkassen, die Leistungen übernehmen. Es stellt sich unabhängig von der Höhe des Betrags die Frage, wo wir die Grenze setzen. Hier würden wir jene Gruppe, die eine sexuell übertragbare Infektion bekommt, finanziell bevorteilen. Sie würde eine gratis Erstbehandlung bekommen. Bei allen anderen Krankheiten müssen die Erstbehandlungen jedoch – wie üblich – über die Krankenkassen abgegolten werden. Das Postulat will ein System mit Bezug auf einen Fall ändern. Das hat wenig mit Gerechtigkeit zu tun. Dass es Menschen mit hohen Franchisen gibt, die deswegen in Bezug auf medizinische Behandlungen zurückhaltend sind, ist sicher so. Aber das betrifft nicht nur sexuell übertragbare Krankheiten, sondern alle gesundheitlichen Themen. Deshalb ist die Forderung für mich systemfremd. Wenn, dann müsste man es grundsätzlich anschauen. Das müsste aber auf Bundesebene passieren. Natürlich könnten wir auch diesen Pilotversuch noch machen. Aber dann müssten wir bei allen anderen Krankheiten auch einen Pilotversuch machen. Das erachtet der Stadtrat für falsch.*

Weitere Wortmeldungen:

Yves Henz (Grüne): *Ein grosser Teil unserer Forderungen wurde im Pilotprojekt getestet und war ein grosser Erfolg für die Gesundheit in der Stadt Zürich. Natürlich haben wir in der Kommission den Stadtrat gefragt, weshalb das nicht weitergeführt wird und wie viele Menschen unbehandelt bleiben, wenn man die Erstbehandlung nicht mehr finanziert. Die Antwort war sinngemäss, dass man das nicht wisse. Deshalb bin ich der Ansicht, dass wir das Erfolgsmodell weiterführen und ausbauen sollten.*



Deborah Wettstein (FDP): Das Postulat vermischt Prävention mit Behandlung und Impfung. Gefordert werden nicht nur Gratistests, sondern auch eine gratis Erstbehandlung von Syphilis, Chlamydien und Gonokokken sowie eine gratis HPV-Impfung. Damit überschreitet die Stadt klar ihre Zuständigkeit. Die Behandlung und Impfung sind Leistungen der obligatorischen Krankenversicherung, wie es STR Andreas Hauri bereits sagte. Wenn die Stadt diese Kosten übernimmt, entsteht eine kommunale Parallelförderung. Das ist ineffizient, systemfremd und rechtlich fragwürdig. Die Stadt darf nicht zur Ersatzkrankenkasse werden. Der Ansatz ist gesundheitspolitisch falsch. Gratismedikamente und Impfungen setzen Fehlanreize, verzerren die bestehende Versorgungsstruktur und schwächen die Eigenverantwortung. Prävention wirkt durch Information, niederschwellige Tests und Früherkennung und nicht durch städtische Behandlungsprogramme. Wie STR Andreas Hauri sagte, stellt sich die Frage, wo die Grenze für Gratisprogramme bei anderen Krankheiten liegt. Prävention, ja, aber mit klaren Zuständigkeiten, klaren Grenzen und klarer Kostenkontrolle. Die FDP lehnt das Postulat ab.

Karin Weyermann (Die Mitte): Die Geschichte wiederholt sich. Was können wir der Zürcher Bevölkerung sonst noch schenken? Wenn man das Postulat ablehnt, ist die Gesundheit nicht gefährdet. Wir haben ein funktionierendes System. Das ist in diesem Fall relevant und anwendbar. Selbstverständlich sollten wir präventiv unterwegs sein. Dafür haben wir mit den niederschweligen Gratistests gesorgt. Aber wenn eine Krankheit auftaucht, greift das normale Gesundheitssystem. Ich glaube nicht, dass es viele Personen gibt, die ihre Gesundheit dann aufgrund der Kosten nicht hoch gewichten.

Dr. David García Nuñez (AL): Wir haben es mit einer bürgerlichen Doppelzüngigkeit zu tun. Alle finden die Idee gut. Sie sagen aber, wenn man es hier mache, müsse man es bei allen Erkrankungen machen. Welcome! Sie haben beide eine Fraktion im Nationalrat und im Ständerat, die das durchbringen könnten. Karin Weyermann (Die Mitte) hat sogar Leute im Bundesrat, die das durchziehen könnten. Es ist immer dasselbe: Man müsste es auf nationaler Ebene besprechen. Aber wenn es dort besprochen wird, sind dieselben Parteien dagegen. Das ist mühsam. Um es mit Adorno zu sagen: «Es gibt kein richtiges Leben im falschen.» Auch in der Stadt Zürich und in der Gesundheitspolitik nicht. Wenn jetzt alle mit wehenden Fahnen im Pilotprojekt den unter 25-Jährigen das Testen bezahlen wollen, verstehe ich nicht, weshalb man das konsequenterweise nicht auch für die Behandlung tut. Für die AL gilt: Wer A sagt, muss auch B sagen.

Yves Peier (SVP): Die SVP lehnt die Forderung klar ab. Nadine Diday (SP) hat recht: Eine HPV-Impfung ist unglaublich kostspielig. Ab 15 Jahren benötigt man drei Dosen. Eine Dosis kostet 200 bis 300 Franken. Genau deshalb kann man es nicht gratis machen, weil es ein so hoher Betrag ist. Es ist für mich widersprüchlich, etwas, das viel kostet, gratis zu machen. Wer bezahlt es?

Das Postulat wird mit 62 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat